

12. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial nach Côte d'Ivoire zu übermitteln, die von der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire gesammelt und nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden;

13. *ersucht* die Regierung Frankreichs, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial nach Côte d'Ivoire zu übermitteln, die von den französischen Truppen gesammelt und nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden;

14. *ersucht* den Kimberley-Prozess, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über die Produktion und die unerlaubte Ausfuhr von Diamanten zu übermitteln, die nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden;

15. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen sowie andere

einen entscheidenden Meilenstein passiert hat. Er nimmt jedoch auch davon Kenntnis, dass sich die seit dem Beginn des Identifizierungs- und Wählerregistrierungsprozesses am 15. September 2008 aufgetretenen Verzögerungen als größer als erwartet erwiesen haben. Er nimmt davon Kenntnis, dass der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire am 27. Oktober 2008 darauf hinwies, dass eine Verzögerung der für den 30. November 2008 angesetzten Wahlen vor allem aufgrund logistischer Schwierigkeiten wahrscheinlich eine mehrmonatige Verzögerung bedeuten würde. Der Rat bekundet seine tiefe Besorgnis darüber, dass es seit der Unterzeichnung des Politischen Abkommens von Ouagadougou<sup>268</sup> zur dritten Verzögerung in Folge kommen könnte, was den gesamten ivorischen Friedensprozess gefährden könnte.

Der Rat spricht dem Moderator seine Anerkennung dafür aus, dass er für den 10. November 2008 ein Treffen des Ständigen Konsultationsrahmens des Politischen Abkommens von Ouagadougou einberufen hat, damit die ivorischen politischen Akteure alle Hauptschwierigkeiten des Wahlprozesses behandeln und sich insbesondere auf den neuen Zeitrahmen für die Wahlen einigen können. Er fordert alle ivorischen politischen Akteure nachdrücklich auf, mit Unterstützung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs uneingeschränkt mit dem Moderator zusammenzuarbeiten und ihre politische Entschlossenheit zur Erfüllung der in dem Abkommen von Ouagadougou und im Rahmen seiner Folgemechanismen eingegangenen Verpflichtungen unter Beweis zu stellen.

Der Rat fordert zu diesem Zweck ferner den Präsidenten der für die Organisation der Wahlen zuständigen Unabhängigen Wahlkommission nachdrücklich auf, diesen neuen Zeitplan öffentlich bekanntzugeben, so auch insbesondere den Zeitplan für die vollständige Abwicklung des Identifizierungsprozesses und einiger weiterer Phasen wie der Veröffentlichung der vorläufigen und der endgültigen Fassung des Wählerverzeichnisses, der Herstellung und Verteilung der Identitätsausweise und Wahlscheine sowie das Datum der Präsidentschaftswahl. Er betont, dass alle politischen Akteure den sich häufenden logistischen Verzögerungen besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Der Rat fordert die ivorischen Parteien nachdrücklich auf, unverzüglich und mit Vorrang die erforderlichen konkreten Schritte zu unternehmen, um die Maßnahmen zur Identifizierung und Registrierung der Wähler vor Ende Januar 2009 auf glaubwürdige und transparente Weise abzuschließen. Er bekundet seine Entschlossenheit, einem glaubwürdigen Wahlprozess in Côte d'Ivoire seine volle Unterstützung zu gewähren, mit der Maßgabe, dass die Präsidentschaftswahlen noch vor Ende des Frühjahrs 2009 abgehalten werden. Der Rat weist darauf hin, dass alle politischen Parteien der Einhaltung des Verhaltenskodexes für die Wahlen zugestimmt haben, den sie unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs am 24. April 2008 unterzeichneten.

Der Rat weist darauf hin, dass gemäß den Resolutionen 1572 (2004) und 1842 (2008) alle Bedrohungen des Wahlprozesses in Côte d'Ivoire eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses darstellen, und er bekräftigt seine Entschlossenheit, gezielte Maßnahmen gegen alle Personen zu verhängen, von